Oldletter: SPD-Geschichten aus Papenburg

SPD

23.11.2014 Nr. 65

Inhalt:

Sorge über Spielplätze in Papenburg	S. 01	Ehrung verdienter DGB-Mitglieder	S. 02
Kritik am Ausbau Splitting rechts	S. 01	Kritik an Haushaltspolitik	S. 03
Mahngericht in Papenburg	S. 01	Gespräch mit der Kreishandwerkerschaft	S. 04

April 2003

Sorge über Spielplätze in Papenburg

SPD und GRÜNE sprachen sich für die Wiedereinführung der Spielplatzkommission aus. Die Fraktion war besorgt darüber, dass sich der Standard der Spielplatzausstattung verschlechtern könnte. Einige Fraktionsmitglieder wurden von Bürgern angesprochen, was mit defekten Spielgeräten passierte, die abgebaut und abtransportiert wurden.

Das gerade abgeschlossene gemeinsame Projekt „Spielplatzsanierung im Stadtpark“ von der Stadt Papenburg, der Samtgemeinde Dörpen und den Berufsbildenden Schulen zeigte, wie gut ein Spielplatz angenommen wurde, wenn er interessant und attraktiv gestaltet war. Gerade an den Wochenenden konnte man feststellen, dass Eltern mit ihren Kindern auch aus weiter entfernten Stadtteilen extra zum Stadtpark fuhren, um mit ihren Kindern die Spielgeräte zu nutzen.

Während in der Stadtmitte die Spielplätze sehr gut mit Spielgeräten ausgestattet waren, wurden offenbar in den Randbezirken immer öfter defekte Spielgeräte abgebaut aber nicht ersetzt. Es müsste darauf geachtet werden, dass auch in der Nähe der Wohnungen attraktive Spielplätze mit interessanten Spielgeräten vorgehalten würden, forderte die Fraktion.

Nachdem die Pflege der Spielplätze und die Überwachung der ordnungsgemäßen Funktion von Spielgeräten durch die Kolpingwerkstatt gut funktionierte, schien sich langsam der Standard der Spielplätze durch den Ab-bau von defekten Spielgeräten zu verschlechtern.

Auf der Wunschliste der Sozialdemokraten für die Haushaltsberatungen standen in der Vergangenheit immer wieder Mittel für die Erneuerung der Spielgräte von Spielplätzen. Um sich einen Überblick über die Ausstattung und den Zustand der Spielplätze zu verschaffen, schlug die Fraktion vor, eine Spielplatzkommission aus Ratsmitgliedern einzurichten.

Kritik am Ausbau Splitting rechts

Im gesamten Bereich der Neubaustrecke Splitting rechts vom Bethlehem bis zum Kreisel waren besonders an der Häuserseite an verschiedenen Stellen die Bordsteine zur Fahrbahnseite entweder beschädigt oder weggebrochen. Die Fraktion aus SPD und GRÜNEN fragte nach den Ursachen. Handelte es sich um Baumängel oder falsche Planung der Fahrbahn?

SPD-Ratsherr vom Obenende Wilhelm Kröger wies auf die schon häufig geäußerte Kritik einer zu schmalen Fahrbahn als Ursache für das Wegbrechen der Bordsteine hin. Er vermutete jedoch auch mangelnde Bauleistung. Die schmale Fahrbahn bereitete vor allen Dingen großen Lastwagen und Bussen Probleme im Begegnungsverkehr. Wenn auch noch erhöhte Geschwindigkeit bei der Einmündung in die Neubaustrecke im Spiel war, wurden bei kleinen Ausweichmanövern schnell die Bordsteine in Mitleidenschaft gezogen. Dies war auch an Schleifspuren von Felgen an den Bordsteinen zu beobachten. In diesen Fällen war eine erhebliche Gefährdung der Verkehrssicherheit gegeben.

Kritisiert wurden von vielen Bürgern die zu engen Parkbuchten an der Kanalseite. Wenn nicht richtig eingeparkt wurde, kam es zu gefährlichen Situationen beim Aussteigen. Bei Begegnungsverkehr musste die Gosse als Fahrbahn genutzt werden, bzw. es kam zum Kontakt mit den Bordsteinen. Außerdem wurden wiederholt Außenspiegel beim Vorbeifahren beschädigt. Vor allem Mütter mit Kindern hatten beim Aussteigen zur Kanalseite Probleme, weil die Parkbuchten sehr nah an die Böschung der Kanäle gebaut waren und die Gefahr eines Abrutschen in den Kanal bestand. Deshalb wurde häufig zu nahe an der Fahrbahn geparkt, um noch in der Parkbucht aussteigen zu können.

Um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten, müsste entweder der Durchgangsverkehr vor allem der LKWs verringert oder der Verkehr verlangsamt werden. Deshalb schlug die Fraktion vor, von der Einmündung Bethlehem bis zum Kreisel Tempo 30 einzuführen so lange es nicht möglich war, den LKW-Verkehr durch den Bau der Nordtangente vom Splitting zu verbannen. Nach dem Bau der Nordtangente sollte ein Durchfahrverbot für LKW über 7,5 t verhängt werden.

Mahngericht in Papenburg

Peter Raske setzte sich als ehemaliger SPD-Landtagsabgeordneter für Papenburg als Standort eines Mahngerichts ein. Aus diesem Grunde müssten die von Justizministerin Heister-Neumann (CDU) festgelegte Mindestgröße für Bewerberstandorte soweit abgesenkt werden, dass auch kleine Amtsgerichte aus dem ländlichen Raum eine Chance hätten, sich an der Ausschreibung zu beteiligen.

Die Landesregierung wurde aufgefordert, sich an ihr Versprechen zu erinnern, den ländlichen Raum zu stärken. Dazu reichte es nicht aus, mal eben das Landwirtschaftsministerium in „Ministerium für den ländlichen Raum“ umzubenennen. Eine Landesregierung, die sich auf die Fahnen geschrieben hatte, den ländlichen Raum zu fördern, müsste Bewerber aus strukturschwachen Gegenden bei einer derartig zentralen Standortfrage berücksichtigen.

Peter Raske unterstützte damit die Kritik des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes an der Entscheidung von Justizministerin Heister-Neumann, die Standortsuche für das zentrale Mahngericht an das Vorhandensein von acht Richterplanstellen zu knüpfen. Dadurch würden Bewerbungen der kleinen Amtsgerichtsstandorte, deren Erhalt der Justizministerin eigentlich besonders am Herzen liegen müsste, von vornherein aussortiert.

„Chance für kleine Amtsgerichte“

Raske: Mahngericht nach Papenburg

Papenburg
Peter Raske, ehemaliger SPD-Landtagsabgeordneter, setzt sich für Papenburg als Standort eines Mahngerichts ein.

Aus diesem Grund müsse die von Justizministerin Heister-Neumann (CDU) festgelegte Mindestgröße für Bewerberstandorte soweit abgesenkt werden, dass auch kleine Amtsgerichte aus dem ländlichen Raum eine Chance haben, sich an der Ausschreibung zu beteiligen, schreibt Raske in einer Pressemitteilung.

Die Landesregierung sei aufgefordert, sich an ihr Versprechen zu erinnern, den ländlichen Raum zu stärken. Dazu reiche es nicht aus, mal eben das Landwirtschaftsministerium in „Ministerium für den ländlichen Raum“ umzubenennen „Eine Landesregierung, die sich auf die Fahnen geschrieben hat, den ländlichen Raum zu fördern, muss Bewerber aus strukturschwachen Gegenden bei einer derartig zentralen Standortfrage berücksichtigen“, so Peter Raske.

Mit Nachdruck unterstützt Peter Raske damit die Kritik des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes an der Entscheidung der Justizministe-

„Strukturschwache Regionen fördern“

rin, die Standortsuche für das zentrale Mahngericht an das Vorhandensein von acht Richterplanstellen zu knüpfen. „Dadurch werden Bewerbungen der kleinen Amtsgerichtsstandorte, deren Erhalt der Justizministerin eigentlich besonders am Herzen liegen müsste, von vornherein aussortiert“, erklärte Peter Raske.

Ems-Zeitung 28.04.2003

„Mahngericht muss in den ländlichen Raum“

Raske (SPD) setzt sich für kleine Amtsgerichte ein

PAPENBURG. Peter Raske, ehemaliger SPD-Landtagsabgeordneter, setzt sich für Papenburg als Standort eines Mahngerichts ein. Aus diesem Grunde, das schreibt er in einer Pressemitteilung, müsse die von Niedersachsens Justizministerin Heister-Neumann (CDU) festgelegte Mindestgröße für Bewerberstandorte so weit abgesenkt werden, dass auch kleine Amtsgerichte aus dem ländlichen Raum eine Chance hätten, sich an der Ausschreibung zu beteiligen.

Die CDU/FDP-Landesregierung sei aufgefordert, sich an ihr Versprechen zu erinnern, den ländlichen Raum zu stärken. Dazu reiche es nicht aus, mal eben das Landwirtschaftsministerium in „Ministerium für den ländlichen Raum“ umzubenennen. Raske meint: „Eine Landesregierung, die sich auf die Fahnen geschrieben hat, den ländlichen Raum zu fördern, muss Bewerber aus strukturschwachen Gegenden bei einer derartig zentralen Standortfrage berücksichtigen.

Er unterstütze damit die Kritik des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes an der Entscheidung von Justizministerin Heister-Neumann, die Standortsuche für das zentrale Mahngericht an das Vorhandensein von acht Richterplanstellen zu knüpfen. Dadurch würden laut Raske Bewerbungen der kleinen Amtsgerichtsstandorte, deren Erhalt der Justizministerin eigentlich besonders am Herzen liegen müssten, von vornherein aussortiert.

Von Haus zu Haus 30.04.2003

Mai 2003

„Einsatz für andere ist wichtig“

Ehrung verdienter DGB-Mitglieder: Gegenwind für Regierungspläne

Papenburg (dy)
Dass die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung von den Gewerkschaften Gegenwind für ihre Reformabsichten bekommen wird wurde schon jetzt bei der Ehrung verdienter DGB-Mitglieder in Papenburg deutlich. „Reformen: Ja – Sozialabbau: Nein danke“, gab Anton Henzen, ehrenamtlicher DGB-Kreisvorsitzender im nördlichen Emsland, als Motto für den 1. Mai aus.

„Von allen Seiten wird derzeit darum gewetteifert, dem Bürger immer mehr zuzumuten“, betonte Henzen. Das Argument sei, dass diese Einschnitte nötig seien, um den Sozialstaat zu erhalten. Weil die Gewerkschaften aber nicht bereit seien, alles unkommentiert mitzutragen, stelle man sie als uneinsichtig hin, ärgerte er sich weiter. Tief greifende und unsoziale Einschnitte würden angekündigt, „aber sie bringen keine neuen Jobs“. Der Export boome nach wie vor, aber die Binnenwirtschaft lahme.

„Wir brauchen jetzt etwas, das die Binnennachfrage stärkt“, forderte der Gewerkschafter: „Wir brauchen wieder Wachstum und Beschäftigung, eine Stärkung der Kommunen, damit sie investieren und somit Arbeitsplätze sichern oder schaffen können“. Einfach den Rotstift anzusetzen, bedeute nicht die Lösung der Probleme, gab Henzen unter anderen den SPD-Landtagsabgeordneten Karin Stief-Kreihe und Klaus Fleer sowie Peter Raske und Hartmut Bugiel mit auf den Weg.

Papenburgs Bürgermeister Ulrich Nehe sah im Treffpunkt der Gewerkschaftsveranstaltung, der Friederike, einen symbolträchtigen Ort. „Wenn es um die Zukunft unseres Landes geht, dann sitzen wir alle in einem Boot“. Er empfinde es als schmerzlich, jedes Jahr wieder auf neue Betriebsschließungen in Papenburg verweisen zu müssen oder auf anstehende Entlassungen, wie jetzt bei der Meyer Werft. „Dabei müssen wir als Kommunen unsere Machtlosigkeit und die nur sehr begrenzte Möglichkeit etwas zu tun erkennen“. Der Abbau der Arbeitslosigkeit sei und bleibe das dringlichste Ziel, weil Arbeitslosigkeit „unsagbare Härten für den Einzelnen und auch für uns alle mit sich bringt“. Veränderungen müssten jetzt vorgenommen werden, sie müssen auf breite Schultern verteilt werden, und ein Mehr an Eigenverantwortung sei nötig, wenn der Sozialstaat erhalten bleiben solle. Das sei auch dem Bürger klar. Einbußen in zumutbarem Rahmen seien nötig, aber Nehe forderte auch die Solidarität „aller gesellschaftlichen Ebenen“.

Rita Burtscher-Hunfeld und Paul Kanschat, die den musikalischen Rahmen der Veranstaltung prägten, stellten in einem Lied die Frage: „Soll ich denn allein zum Wohlbefinden beitragen?“. Damit trafen sie den Nerv der Befindlichkeit bei den Gewerkschaftern ganz genau. Mit Johannes Schmitz (früher Gewerkschaft Holz – Kunststoff) und Dieter Zimmermann (früher Postgewerkschaft) wurden zudem zwei Gewerkschafter geehrt. Henzen und Nehe betonten, dass es gut sei, „dass es immer wieder Menschen gibt, die sich für andere einsetzen“. Aus diesem Grund wurden Schmitz und Zimmermann sowohl von der Gewerkschaft als auch der Stadt Papenburg gesondert ausgezeichnet.

Ems-Zeitung 01.05.2003

Gewerkschaftstreffen in Papenburg - Alle in einem Boot

Grund zur Freude: Ehrung für die verdienten Gewerkschafter in Papenburg. Dreyer-Foto

Rotstift löst keine Probleme

Papenburg (dy) – Von den Gewerkschaften gibt es für die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung so richtig Gegenwind. Das wurde in der vorigen Woche bei der Ehrung verdienter DGB-Mitglieder in Papenburg deutlich. „Reformen: Ja – Sozialabbau: Nein danke", gab Anton Henzen, ehrenamtlicher DGB-Kreisvorsitzender im nördlichen Emsland, den anwesenden SPD-Politikern mit auf den Weg.

„Derzeit wird förmlich darum gewetteifert, dem Bürger immer mehr zuzumuten", begann Henzen seine Begrüßung. „Als Argument wird vorgebracht, dass diese Einschnitte nötig seien, um den Sozialstaat zu erhalten. Weil die Gewerkschaften aber nicht bereit sind, alle Reformvorschläge kommentarlos mitzutragen, stellen uns manche Politiker als uneinsichtig hin."

Tief greifende und unsoziale Einschnitte würden angekündigt, „aber sie bringen keine neuen Jobs". Der Export boome nach wie vor, aber die Binnenwirtschaft lahme. „Wir brauchen jetzt etwas, was die Binnennachfrage stärkt", forderte der Gewerkschafter. „Wir brauchen wieder Wachstum und Beschäftigung, eine Stärkung der Kommunen, damit sie investieren und somit Arbeitsplätze sichern oder schaffen können." Einfach den Rotstift anzusetzen bedeute nicht die Lösung der Probleme, gab Henzen unter anderem den SPD-Politikern Karin Stief-Kreihe (MdL), Klaus Fleer (MdL), Peter Raske und Hartmut Bugiel (Fraktionschef der SPD im Rat der Stadt Papenburg) mit auf den Weg.

Papenburgs Bürgermeister Ulrich Nehe sah im Treffpunkt der Gewerkschaftsveranstaltung, der „Friederike", einen symbolträchtigen Ort: „Wenn es um die Zukunft unseres Landes geht, dann sitzen wir alle in einem Boot", meinte er. Er empfinde es mehr als schmerzlich, jedes Jahr wieder auf neue Betriebsschließungen in Papenburg verweisen zu müssen oder auf anstehende Entlassungen wie jetzt bei der Meyer-Werft. „Dabei müssen wir als Kommunen unsere Machtlosigkeit und die nur sehr begrenzte Möglichkeit, etwas zu tun, erkennen", erklärte Nehe. Der Abbau der Arbeitslosigkeit sei und bleibe das dringlichste Ziel, weil Arbeitslosigkeit „unsagbare Härten für den Einzelnen und auch für uns alle mit sich bringt". Dem Bürger sei dabei durchaus klar, dass Einbußen in zumutbarem Rahmen nötig seien und dass es mehr Eigenverantwortung geben müsse. Nehe forderte die Solidarität „aller gesellschaftlichen Ebenen". Mit Johannes Schmitz (früher Gewerkschaft Holz/Kunststoff) und Dieter Zimmermann (früher Postgewerkschaft) wurden zum Schluss zwei verdiente Gewerkschafter geehrt. Henzen und Nehe betonten, dass es gut sei, „dass es immer wieder Menschen gibt, die sich für andere einsetzen". Aus diesem Grund wurden Schmitz und Zimmermann sowohl von der Gewerkschaft als auch der Stadt Papenburg geehrt.

EL am Sonntag 04.05.2003

Kritik an Haushaltspolitik

Viele Bürger der Stadt äußerten ihren Unmut über die von der CDU durchgesetzten Ratsbeschlüsse zur unsozialen Kürzung des Papenburger Haushalts. Die Streichliste der CDU war nach Meinung der SPD reine Augenwischerei, mit der die Probleme nicht gelöst sondern nur in die Zukunft verschoben würden. Dies zeigte sich deutlich an den Beschlüssen zur Schuldnerberatung und den Reaktionen von Betroffenen auf die Kürzungen.

SPD und GRÜNE setzten sich für den Fortbestand der Schuldnerberatung des DRK und die Mitfinanzierung der Stadt ein. Die CDU musste ihre ursprünglichen Kürzungsabsichten im Verwaltungsausschuss korrigieren. Die Stadt Papenburg beteiligte sich weiter mit Unterstützung von SPD und GRÜNEN an

der Schuldnerberatung. Nach Auffassung der Fraktionsmitglieder war dies eine dringend notwendige Aufgabe, die nicht gefährdet werden durfte.

Ihren Protest gegen die radikalen unsozialen Kürzungen hatten bei der SPD inzwischen u.a. die Sportvereine TC Schwarz-Rot von 1925, TC Blau-Gold Aschendorf und TC Blau-Weiß Papenburg angemeldet. Ebenfalls protestierte auch die Ems-Vechte-Welle. Bei allen diesen Protesten spielte das Argument der Zerstörung der sinnvollen und präventiven Jugendarbeit eine zentrale Rolle.

Auf der Mitgliederversammlung des TC Blau-Weiß musste statt des Vorsitzenden Gerd Hanekamp, der die Kürzungen der CDU mitgetragen hatte, der stellvertretende Vorsitzende den Mitgliedern die Hiobsbotschaft der Streichung von Zweidritteln der städtischen Finanzierung verkünden. Dies zerstörte, so kritisierte Helmut Seget, nicht nur die Ehrenamtlichkeit, sondern hätte Einfluss auf die so wichtige Jugendarbeit des Vereins.

Die Fraktion aus SPD und GRÜNEN forderte die CDU auf, endlich von ihrer zerstörerischen Haushaltskonsolidierung abzurücken und einen vernünftigen Nachtragshaushalt zu präsentieren. Außerdem forderte die SPD einen Finanzausschuss, der die Ausgaben beobachtend begleiten und Vorschläge für die langfristige Sanierung des Haushalts erarbeiten sollte.

Gespräch mit der Kreishandwerkerschaft

Die Stadtratsfraktion traf sich im Rahmen ihrer regelmäßigen Informationsgespräche mit Wirtschaft und Handwerk zu einem Gedankenaustausch mit dem Geschäftsführer der Kreishandwerkerschaft Hermann Schmitz. Er diente auch der Erörterung der Auswirkungen der gegenwärtigen städtischen Finanzmisere auf die heimische Wirtschaft.

Herman Schmitz erläuterte die Struktur der Kreishandwerkerschaft Aschendorf-Hümmling. 748 Handwerksbetriebe in 15 Innungen bildeten die Kreishandwerkerschaft. Mit ihren fünf Mitarbeitern organisierte sie eine umfangreiche Leistungspalette. Sie reichte von der Beratung für die Gründung eines Betriebes bis zum Finden eines Nachfolgers.

Die Kreishandwerkerschaft vertrat die Interessen ihrer Mitglieder, so Hermann Schmitz. Sie engagierte sich in der beruflichen Erstausbildung und Weiterbildung. Neben der Information der Mitglieder über aktuelle berufliche Themen gehöre die Interessenvertretung gegenüber Politik, den Behörden und in der Gesellschaft zu den zentralen Aufgaben.

In einem angeregten Dialog wurden die möglichen Auswirkungen für das Handwerk durch europäische und deutsche Veränderungen in den Rahmenbedingungen erörtert.

Angesprochen auf die aktuelle Lage des örtlichen Handwerks schilderte Hermann Schmitz die Situation als sehr angespannt und ernst. Die 980 dem Handwerksbetriebe im Bereich der Kreishandwerkerschaft beschäftigten ca. 11.000 Mitarbeiter. Erstmals gab es neben dem Bauhandwerk in den Ausbauhandwerksbetrieben 2003 einen Rückgang der Beschäftigten. Bei den Ausbildungsverhältnissen war ein starker Rückgang zu verzeichnen. Ausnahmen bildeten der Nahrungsmittelbereich und das Metallhandwerk. Es fehlte vor allem an öffentlichen Aufträgen. Es müssten gegenwärtig mehr öffentliche Aufträge an örtliche Handwerker erteilt werden. Dabei müssten auch neue Wege gegangen werden, indem zum Beispiel öffentliche Bauten durch private Investoren finanziert würden, wünschte sich Hermann Schmitz.

Die SPD-Fraktionsmitglieder unterstützten die Forderung nach mehr öffentlichen Investitionen zum gegenwärtigen Zeitpunkt und forderten ein antizyklisches Verhalten in der Haushaltspolitik. Um die Wirtschaft anzukurbeln müsste in wirtschaftlich schlechten Zeiten eine höhere Verschuldung riskiert werden.

Günter Klein, Wilhelm Kröger, Barbara Gruner, Hartmut Bugiel, SPD-Ratsmitglieder, Hermann Schmitz, Geschäftsführer der Kreishandwerkerschaft, Bernhard Bloem, SPD-Ortsvereinsvorsitzender, und Roland Seemann sowie Anne Schnieders, SPD-Ratsmitglieder (von links nach rechts)